



Rückgrat bewiesen oder Schildbürgerstreich gespielt? Die Haushaltsexperten der Ratsfraktionen schätzen die Debatte zu den Buswartehäuschen unterschiedlich ein, von links: Manfred Reese (Linke), Heiner

Kollmeyer (CDU), Florian Schulte-Fischedick (FDP), Birgt Niemann-Hollatz (Grüne), Norbert Morkes (BfGT), Werner Lindermeier (UWG) und Thomas Ostermann (SPD).  
Montage: Stephan Rechlin

# Einer fährt mit, der andere nicht

CDU, SPD, Grüne und FDP stimmen für Haushalt - BfGT, Linke und UWG sind dagegen

■ Von Stephan Rechlin

Gütersloh (WB). Vom Buswartehäuschen bis hinauf in den Ratssaal ist es ein langer Weg. Über was unten noch gelacht und gespottet wird, erntet oben Lob und Anerkennung. Den Unterschied macht nicht die Höhe der Stockwerke, sondern die Tiefe der Hintergrundinformationen.

SPD und BfGT blieben in der Haushaltsdebatte dabei: der Ersatz der alten durch neue Wartehäuschen ist ein einziger Schildbürgerstreich. CDU, Linke (!) und FDP lobten die Stadt dagegen für ihre Standhaftigkeit gegenüber einem Monopolisten, der nicht damit gerechnet habe, dass sich eine Kommune auch einmal gegen ihn entscheiden könnte.

So kontrovers wie über das Buswartehäuschen wurde auch über den gesamten Haushalt 2015 debattiert. CDU, SPD, Grüne und FDP können ganz gut mit dem 4,9 Millionen Defizit in diesem Jahr leben und stimmten dem Zahlenwerk zu. Weil keine neue Kredite aufgenommen, Schulden getilgt, Steuern und Hebesätze nicht erhöht werden. Diese guten Nachrichten aber reichten der BfGT, der Linken und der UWG nicht aus,

um zuzustimmen.

## CDU

**Heiner Kollmeyer** lobt, dass freiwillige Leistungen mit Augenmaß und Investitionen mit den richtigen Prioritäten vorgenommen werden. Konkret meint er damit die behutsame Entlastung der Elternbeiträge für Kindergärten und die OGS, bei denen die lineare Abrechnungspraxis und die übergreifende Geschwisterkindbefreiung erhalten bleiben. Als Investition mit Augenmaß führt er den Bau eines Radweges an der Münsterlandstraße zusammen mit aktiver Bürgerhilfe an.

## SPD

**Thomas Ostermann** räumt mit dem »Märchen« auf, dass eiserner Sparwille den Haushalt konsolidiert habe. Der Verzicht auf sämtliche freiwillige Leistungen hätte gerade einmal fünf Millionen Euro gespart. Dagegen liege allein die Gewerbesteuererinnahme mit 14,5 Millionen Euro über den Planungen. Darum hätte er sich eine höhere Entlastung bei den Elternbeiträgen gewünscht. Ostermann warnt, beim Stichwort Personal immer nur ans Sparen und an Kostenreduzierung zu denken. Es seien die vielen kleinen Mitarbeiter und Angestellten, die das Leben in Gütersloh lebenswert machten.

## Grüne

**Birgt Niemann-Hollatz** beurteilt den Haushalt als solide und maßvoll. Im Gegensatz zur BfGT hat sie keine Probleme mit dem höheren Zuschuss an die Kulturräume, denen mit dem Jazz-Projekt des WDR ein echter Coup gelingen würde. In Rage bringt sie allerdings das Fällen von neun Platanen auf dem Parkplatz Bismarck- und Friedrich-Ebert-Straße sowie die Ausgabe von 270 000 Euro, um einen funktionstüchtigen Parkplatz umzubauen. Vor allem in Punkto Radfahrerfreundlichkeit stehe die Stadt noch vor vielen Aufgaben.

## BfGT

Sowohl bei den freiwilligen Ausgaben als auch bei den Investitionen setzt die Stadt nach Ansicht von **Norbert Morkes** die falschen Prioritäten. Was sollen alle Sparappelle, wenn drei Parkplätze für 1,2 Millionen Euro umgebaut werden und einem französischen Staatskonzern jährlich 300 000 Euro für den Betrieb der TWE überwiesen werden sollen, fragt Morkes. Dem Kulturdezernenten werde alles genehmigt, was er sich wünsche. Als Motto seiner Haushaltsrede wählte Morkes »Wir lassen die Bürger nicht im Regen stehen...« als Anspielung auf die abgerissenen Buswartehäuschen.

## Linke

Kein ÖPNV-Beauftragter, kein Gewerbesteuerprüfer, Fremdfirmen statt eigene Reinigungskräfte in den Schulen – allein wegen dieser Vorgabe im Stellenplan lehnt **Manfred Reese** den Gütersloher Haushalt ab. Jede Schule müsse endlich ihren eigenen Hausmeister wiederhaben. Die Stadt müsse endlich bezahlbaren Wohnraum schaffen und die eigenen Immobilien in Schuss halten.

## UWG

Personalkosten und Pensionslasten sind schon jetzt nicht mehr aus den steigenden Gewerbesteuerentnahmen zu bezahlen. **Werner Lindermeier** erkennt schon in der jetzigen Hochkonjunkturphase einen strukturelles Kostenproblem. Hinzu würden Transferaufwendungen und Sachkosten kommen. Doch eine von der UWG geforderten Steuerungsgruppe werde »von einigen Fraktionen« abgelehnt.

## FDP

**Florian Schulte-Fischedick** mahnt, sich nicht stundenlang in die Debatte von Sonderwünschen bestimmter Interessengruppen zu verzetteln. Schon jetzt könnten 50 Prozent der Gütersloher nichts mit dem anfangen, was im Rat diskutiert werde.